



SPIEZ

Für ein lebensWERTEs Spiez ...

Wir lassen den Worten Taten folgen

Gerne präsentieren wir Ihnen hier unseren Leistungsausweis

Grosser Gemeinderat 2016, unser Einsatz

Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung und die [GGR-Protokolle](#) enthalten weitere Auskünfte.

Unsere Voten, Einfachen Anfragen und politischen Vorstösse im GGR

GGR 28. November 2016

Voten:

Nein zum Verkauf des Schoneggparks

Markus Wenger (EVP) zur Motion Verkauf Schoneggpark (BDP): Die EVP-Fraktion wird der Motion zum Verkauf des Schoneggparks nicht zustimmen und entsprechend dem Antrag des Gemeinderates folgen. Die Situation dringend Land zu verkaufen und ein Hotel zu bauen, ist denkbar ungünstig. Man hat in den letzten Jahren zusätzliche Hotelbetten erhalten und ist momentan daran das ABZ zu erweitern. Auch der Deltapark hat umgebaut und erweitert. Momentan ist man in der Konsolidierungsphase und sollte abwarten, wie sich die Situation entwickelt, bevor man Geld investiert. Die Parzelle Schoneggpark hat im Oberländer Markt eine spezielle Situation. Wie Martin Peter gesagt hat, gibt es zwei Resortbauten im Oberland. Wie er weiss, hat man das Land in Meiringen zum Betrag von Fr. 0.00 verkauft. Den Zeitpunkt das Land im Schoneggpark zu verschenken, sollte man nicht forcieren. Die Idee der Erstellung einer Immobilienstrategie und der Überlegung, welchen Platz der Schoneggpark darin einnehmen wird, findet die EVP-Fraktion sinnvoll. Deshalb unterstützt die EVP-Fraktion den Antrag des Gemeinderates, zudem erachtet sie den Verkauf als nicht mehr zeitgerecht und denkt eher an ein Baurecht.

Ja zum Voranschlag / Budget 2017

Markus Wenger (EVP) zum Traktandum *Voranschlag/Budget 2017*: Auch die EVP-Fraktion freut sich, dass eine schwarze Null präsentiert werden kann. Sie dankt allen, die dazu beigetragen haben, dass dieses Resultat erreicht werden konnte. Man ist sich aber bewusst, dass eine schwarze Null im Budget 2017 nicht die gleiche Bedeutung hat wie in den vorherigen Budgets. Da HRM2 gewisse Veränderungen in der Rechnungslegung mitbringt muss die Gemeinde in Zukunft daran arbeiten, Eigenkapital anzuhäufen. Es gibt keinen Grund zu jammern, aber man muss weiterhin an den finanziellen Verhältnissen arbeiten, da diese eng sind. Die Selbstfinanzierung muss über längere Zeit ausgeglichen sein. Einige Ausgabenposten stehen in nächster Zeit gemäss dem Finanzplan an. Die EVP-Fraktion wird das Budget 2017 annehmen und ist froh, wenn in der Rechnung 2017 vielleicht sogar ein kleiner Gewinn entstehen würde.

GGR 13. September 2016

Voten:

Ja zur Erhöhung des Gemeindebeitrages für HIFIDI

Ursula Erni (EVP), Traktandum *Hilfe in finanziellen Dingen HIFIDI / Gemeindebeitrag, Ausführungen des Gemeinderates*:

In der GGR-Sitzung vom Juni 2016 wurde erfreut vom Rechnungsabschluss 2015 Kenntnis genommen. Ein Grund, der zu diesem guten Ergebnis geführt hat, sind die höheren Steuereinnahmen.

Welche Faktoren massgebend sind und wie sich diese Einnahmen genau zusammensetzen, kann nicht mit letzter Bestimmtheit eruiert werden. In der 10-jährigen Tätigkeit als Sozialvorsteherin ist es für sie ein Novum, einen Antrag vorzulegen, der rappengenau aufzeigt, wie viel an Erträgen in einem Jahr durch die Soziale Arbeit, genauer die Arbeit von HIFIDI, in die Gemeindekasse geflossen ist. In anderen gestellten Anträgen, beispielsweise von sonstigen Investitionen im Sozialbereich (z.B. Schulsozialarbeit, Aufbau familienergänzende Angebote), war es nicht möglich, die dadurch gesparten oder eingenommenen Steuergelder genau zu beziffern. Einerseits werden Folgekosten gespart und andererseits höhere Steuereinnahme generiert, die nicht klar bezifferbar sind.

Inzwischen werden auch in diesen Angeboten sichtbare Erfolge erzielt, die sich in Zukunft mit Sicherheit monetär auszahlen. Ganz bestimmt lässt sich der Erfolg bei HIFIDI nicht nur an den gesparten fast Fr. 140'000.- zeigen, denn die vielseitigen Dienstleistungen gehen weit über die messbaren Franken und Rappen hinaus. Die Arbeit von HIFIDI ist nicht nur für die direkt Betroffenen von Bedeutung, sondern auch beispielsweise für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Denn es gehen Arbeitsplätze verloren, wenn Rechnungen nicht bezahlt werden können. Aus dem Bericht 2016 der Schweizerischen Zahlungsfähigkeit mit dem Titel „Auswirkungen verspäteter Zahlungen“:

Wenn ein Unternehmen nicht rechtzeitig bezahlt wird, kann dies schwerwiegende Konsequenzen haben. Die Eigentümer von Unternehmen erfahren in verschiedenem Ausmass Liquiditätsengpässe und Einkommensverluste bis hin zur Bedrohung ihrer Existenz. Dies verhindert wiederum Wachstum und die Möglichkeit neue Jobs zu schaffen.

Der Verein HIFIDI tritt mit seinem Angebot nicht in Konkurrenz mit einem möglichen KMU-Mitstreiter. Eindrückliche Berichte von Klientensituationen konnten der Juli-Ausgabe des SpiezInfo entnommen werden. Das Erfolgsrezept von HIFIDI ist, dass

kurzfristige Darlehen gewährt werden können. Andere Beratungsstellen, auch die Berner Schuldenberatung, welche ein wichtiger Partner von HIFIDI ist, haben diese Möglichkeit nicht. Mit der Gewährung von kurzfristigen Darlehen können die Krankenkassenprämien, Steuerschulden, Mietzins etc. trotz Lohnpfändung beglichen werden. Somit kann auf unbürokratische Weise die Negativspirale unterbrochen werden. Diese Darlehen, die an eine Einkommensverwaltung geknüpft werden, können in den meisten Fällen wieder zurückgeholt werden. Dem HIFIDI ist es dank dem sozial-diakonischen Auftrag möglich, Nachbetreuung anzubieten. Nach einer erfolgreichen Schuldensanierung ist, je nach Situation, entscheidend, dass die Einkommensverwaltung langfristig fortgesetzt werden kann, um die Finanzen im Griff zu haben. Ein weiterer Pluspunkt von HIFIDI ist die rasche Hilfestellung. So bald als möglich wird mit den Betroffenen ein Termin vereinbart und bei Bedarf umgehend stabilisierende Massnahmen eingeleitet. Weitere gravierende Schäden werden damit verringert und im besten Fall sogar verhindert. Mit der Arbeitsplatzvermehrung und der Erhöhung der Stellenprozentage, welche die Gemeinde mit einem höheren Beitrag ermöglicht, werden dem Verein HIFIDI die notwendigen Rahmenbedingungen für seine wirkungsvolle und professionelle Arbeit für Menschen in Not gegeben. Die Abteilung Soziales wird in Zukunft die Leitung des Vereins HIFIDI jährlich zum Gespräch einladen, sowie an der jährlichen Hauptversammlung teilnehmen. Der Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat einem jährlichen Gemeindebeitrag von Fr. 40'000.- für die Jahre 2017-2019 für den Verein HIFIDI zuzustimmen. Ursula Erni bedankt sich bei den weiteren grossen und kleinen Mitfinanzierenden, insbesondere bei den beiden ortsansässigen Kirchgemeinden. Folgende operative und strategische Vertreter des Vereins HIFIDI sind anwesend und erhalten einen speziellen Dank von Ursula Erni: Marlies Camenisch, langjährige Leiterin und heute zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit; Sonja Dänzer; Ernestine Kiener; Eveline Stoller; Bruno Martig, Präsident.

Ursula Erni schliesst ihre Ausführungen mit einem Zitat aus der bereits genannten Quelle ab: *Einer von vier Schweizern kommt mit seinem Geld oft nicht aus. Fast jeder Dritte hat Mühe, seine monatlichen Kosten zu decken.*

-Anna Fink (EVP), Traktandum Hilfe in finanziellen Dingen HIFIDI / Gemeindebeitrag: 1998 wurde HIFIDI als ökumenisches Projekt der kath. und der ref. Kirche gegründet. Ziel des Projekts war, Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten schnell und unbürokratisch zu helfen und sie zu begleiten. Seit diesem Gründungsdatum hat sich HIFIDI verändert, ist gewachsen, wurde professionalisiert, ein Verein wurde gegründet. HIFIDI hat es geschafft, sich den veränderten Bedingungen und Bedürfnissen immer wieder anzupassen und mit ihnen Schritt zu halten. Was sich nicht verändert hat: noch heute ist Ziel des Angebotes, Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten schnell und unbürokratisch zu helfen und sie zu begleiten. Damit das möglich ist, braucht es die Aufstockung des Finanzierungsbetrages von Seiten der Gemeinde Spiez dringend! Die Nachfrage am Angebot von HIFIDI ist stetig wachsend und um dem Anspruch gerecht zu werden, schnell helfen zu können, also die Leute ohne lange Wartezeit zu beraten und zu begleiten, braucht es mehr Stellenprozentage. HIFIDI hat eine wichtige Funktion in Spiez und in der Region, wer es noch nicht wusste, konnte es im Juli-SpiezInfo nachlesen. Es geht um Schuldensanierung, aber nicht nur, die Begleitung der Betroffenen in ihrer schwierigen Situation ermöglicht diesen, ihr Leben wieder selbständig meistern zu können. Das ist ein

grosser Gewinn für die betroffenen Personen. Und, das ist ein grosser Gewinn für die Gemeinde Spiez: Dank HIFIDI konnten wir 2015 von einem Rückfluss ausstehender Steuergelder von rund Fr. 135'000.- profitieren. HIFIDI ist keine Konkurrenz des bestehenden sozialen Netzwerks, sondern ergänzt dieses bestens. Die EVP dankt allen Involvierten für ihr Engagement, angefangen bei den Gründern, die mutig diesen Schritt wagten, bis hin zu all den Engagierten, die es in diesen 18 Jahren dank grossem Einsatz geschafft haben, HIFIDI immer wieder den aktuellen Bedürfnissen, der wachsenden Nachfrage anzupassen. Die EVP-Fraktion stimmt der Erhöhung des Gemeindebeitrages zu.

-Andreas Bürki (EVP), Traktandum Hilfe in finanziellen Dingen HIFIDI / Gemeindebeitrag: Er hat mit mehr Widerstand gegen dieses Geschäft gerechnet und ist umso erfreuter, dass das Anliegen grosse Zustimmung erhält. Eine Studie der Berner Fachhochschule hat kürzlich aufgezeigt, dass die Nichtbezugsquote von Sozialhilfe im Kanton Bern bei ca. 26 Prozent liegt. Das heisst, jede vierte Person mit Anrecht auf Sozialhilfe verzichtet darauf. In den Städten ist dieser Wert etwas tiefer, in ländlichen Gemeinden deutlich höher. Auf den ersten Blick ist dies sicher erfreulich, aber eben auch nicht unproblematisch. Wenn sich Menschen verschulden und bei der Sozialhilfe landen, ist dies später vielfach mit langfristigen Kosten verbunden. Der Verein HIFIDI, als niederschwelliges Angebot, kann diese negative Entwicklung stoppen, bevor die Betroffenen endgültig bei der Sozialhilfe landen. HIFIDI ist auch eine Möglichkeit für Personen, die sich helfen lassen, aber nicht von Sozialhilfe leben wollen. Der Verein bietet auch eine gewisse Anonymität für Betroffene, die Anrecht auf Sozialhilfe hätten. Er unterstützt das Anliegen des Gemeinderates vollumfänglich und bittet den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

Aufbruchsstimmung für den Standort und das Gewerbe Spiez. Die EVP dankt den Verantwortlichen für den gelungenen Neubau Bibliothek/Ludothek/Verwaltung

Markus Weger (EVP), Traktandum Neubau Bibliothek/Ludothek/Verwaltung / Abrechnung Projekt- und Verpflichtungskredit: Die EVP-Fraktion möchte vorab ganz herzlich danken, vor allem Jolanda Brunner, die das Projekt von Beginn an begleitete. Ein spezieller Dank geht auch an Daniel Wyss, der als Dienstchef Liegenschaften das Projekt Neubau Bibliothek/Ludothek/Verwaltung betreut hat. Der Neubau ist bereits jetzt ein Leuchtturm, der weiter über die Spiezer Grenze ein Symbol ist. An einer Mittagsveranstaltung im Rathaus hing kürzlich ein Bild des Neubaus als zentrales Element, wie Schweizer Holz in einem schwierigen Umfeld eingesetzt werden kann. Es ist schön, dass für die meisten Arbeiten Firmen aus der Region berücksichtigt wurden und keine Waren aus dem Ausland geholt wurden. Der Neubau der Bibliothek/Ludothek/Verwaltung ist ein Treffpunkt geworden wie beispielsweise die Sand- oder Golfanlage in der Bucht. Heute stellt sich die Frage, ob die vorgängig genannten positiven Anlagen Heldentaten der Vergangenheit oder Symbole des Aufbruchs sind. Mit den positiven Errungenschaften aus diesem Jahrzehnt soll eine Aufbruchsstimmung für den Standort und das Gewerbe Spiez entstehen. In diesem Sinne bedankt sich die EVP-Fraktion noch einmal herzlich. Sie wird dem Geschäft zustimmen.

GGR 20. Juni 2016

Voten:

Ja zu bezahlbarem Wohnraum für Alle; Nein zur Initiative, Ja zum Gegenvorschlag

-Anna Fink (EVP), Traktandum Initiative „Bezahlbares Wohnen für Alle“ / Verabschiedung z. H. Volksabstimmung: Bezahlbares Wohnen ist ein Anliegen, das die EVP seit Jahren hier immer wieder einbringt und mit politischen Vorstössen unterstützt. Es ist unbestritten, dass Handlungsbedarf besteht, die demografische Entwicklung fordert uns dazu auf. Wir haben ein Interesse daran, dass Spiez als Wohnort für Familien attraktiv ist, bezahlbarer Wohnraum ist ein wichtiges Kriterium dafür. Wir wissen, dass es für Familien mit 2, 3 Kindern mit einem Durchschnittseinkommen schwierig ist, eine finanzierbare Mietwohnung zu finden. Das zeigten unter anderem auch die 2010 von der Spiez Marketing AG durchgeführten Gruppengespräche: Unter Spiezer Schwachstellen im Bereich wohnen“ landete „wenig günstige Mietwohnungen“ auf dem ersten Platz. Eine aktive Wohnbaupolitik hat zum Ziel, Familienwohnungen in Kostenmiete anzubieten, gleichzeitig fördert sie das Angebot an kleineren bezahlbaren Wohnungen. Dies erleichtert älteren Menschen den Schritt vom Eigenheim in eine Wohnung. Die Metron-Studie hat gezeigt, dass in Spiez bei einer idealen Nutzung vom bestehenden Wohnraum 2000 Personen zusätzlich wohnen könnten. Eine aktive Wohnbaupolitik trägt auch diesem Umstand Rechnung. Die Initiative nimmt ein Anliegen auf, das die EVP voll und ganz unterstützt. Leider weist sie aber in der Formulierung Mängel auf und ist in ihren Forderungen nicht stufengerecht, Umsetzungsmassnahmen gehören nicht in die Gemeindeordnung. Sie ist in dieser Form der Sache nicht dienlich. Aus diesen Gründen lehnt die EVP-Fraktion die Initiative „Bezahlbares Wohnen für Alle“ ab.

Anders als die SVP sehen wir aber dringenden Handlungsbedarf und gehen auch nicht davon aus, dass Eigeninitiative genügend ist, um dieses Problem anzugehen. Wir sind froh, dass der GR einen Gegenvorschlag erarbeitet, wir sehen diesen nicht als „Initiative light“, der das Anliegen verwässert, wie es in Zeitungsartikeln von Seiten der Initianten zu lesen war. Mit dem Gegenvorschlag verpflichtet sich der GR, das Anliegen einer aktiven Wohnbaupolitik und das Fördern von preisgünstigem Wohnraum in die Gemeindeordnung aufzunehmen, so wie es die Initianten fordern. Für die Umsetzung dieses Anliegens wird ein Reglement erarbeitet. Das ist stufengerecht und sachdienlich. In diesem Reglement sind konkrete Umsetzungsmassnahmen formuliert und der GR verpflichtet sich, uns innerhalb eines Jahres das Reglement zur Beschlussfassung vorzulegen. Das ist doch nicht verwässert und schwammig. Wir wollen vorwärts kommen mit dem preisgünstigen Wohnungsbau, also stimmen wir dem Gegenvorschlag zu. Die EVP-Fraktion lehnt die Initiative ab und unterstützt den Gegenvorschlag des GR.

-Anna Fink (EVP) zum Gegenvorschlag des GR: Die EVP-Fraktion wird dem Gegenvorschlag des Gemeinderates zustimmen. Die EVP-Fraktion sagt klar Ja zu bezahlbarem Wohnraum und Nein zur Initiative. Man hat den Eindruck dass der Gegenvorschlag die sachdienlichere Art ist, mit diesem Anliegen vorwärts zu kommen. Es sind einige Voten gefallen, dass Spiez eine gute Durchmischung aufweise und keine Massnahmen nötig sind. Wenn sie oberflächlich schaut, sieht sie auch Kinder und ältere Leute. Wenn man aber die demografische Entwicklung in Spiez betrachtet, muss aktiv etwas unternommen werden, dass die Schulen gut besetzt und eine gute Durchmischung erreicht werden kann.

-Markus Wenger (EVP) zum Gegenvorschlag des GR: Wenn wir eine breitere Wohnbaupolitik in Spiez betreiben wollen, braucht es ein Bekenntnis. Es spielt schlussendlich keine Rolle, ob es sich um Wahlkampf handelt oder um Missverständnisse, welche dargelegt wurden, was man unter Wohnbaupolitik und genossenschaftlichem Wohnungsbau versteht. Es braucht ein Bekenntnis, dass man Land reserviert für diesen Zweck. Nicht mehr und nicht weniger. Dieses Land wird in der Regel von den Unternehmern Richtung Thun-Bern sinnvoll genutzt. Es wird gut gebaut und Leute, welche diese Bauten genossenschaftlich verwalten, handeln eigenverantwortlich. Häufig mit mehr Eigenverantwortung als dies eine Erbgemeinschaft tut, welche ein Renditeobjekt betreibt. Die BDP-Fraktion hat sich über die Kosten aufgehalten. Die Gemeinde muss dieses Land reservieren und kann dieses im Baurecht abgeben und erhält den Baurechtszins. Es wird wahrscheinlich eine Anschubfinanzierung benötigt, vielleicht im Sinne eines Wettbewerbes, welcher vor-finanziert werden muss. Es ist nicht so, dass die Gemeinde jährlich Gelder in die Wohnungen stecken muss. Er nimmt auch nicht an, dass die Gemeinde diese Bauten betreiben muss. Dafür gibt es dann die Genossenschaft. Die Wohnbaugenossenschaften gehen bei den Arbeitsvergaben sehr verantwortungsvoll um und berücksichtigen keine billigen Arbeitsvergaben aus dem Ausland. Sie arbeiten meistens mit dem einheimischen Gewerbe. Gute Beispiele gibt es besonders im Raum Zürich, wo Gewerbeverbände und –einrichtungen solche Wohnungen betreiben. Dies ist ein Vorbild. Deshalb ist der Antrag des Gemeinderates zu unterstützen.

Ja zu Jahresrechnung und –bericht 2015

Markus Wenger (EVP), *Traktandum Jahresrechnung und -bericht 2015:* Die EVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Anstrengungen. Der grössere Teil der Besserstellung gegenüber dem Budget ist auf der Aufwandseite zu finden. Es ist also gelungen, die Ausgaben so zurückzufahren, dass wir das gute Resultat erreichen konnten. Man ist froh über diese positive Nachricht. Die Sondermassnahme der Periodenabgrenzung ist für die EVP-Fraktion in Ordnung und ist ja auch nicht ausgabenwirksam. Es ist nur eine buchhalterische Abgrenzungsmassnahme. Man kann gespannt sein, wie sich die Steuererträge in Zukunft weiterentwickeln werden. Von kantonaler Seite gibt es verschiedene Tendenzen. Die Unternehmenssteuerreform trifft die Gemeinde Spiez nicht sehr heftig.

GGR 25. April 2016

Voten:

Ja zum Neubau Kindergarten Einigen:

-Jürg Leuenberger (EVP), Traktandum „Schulanlage Roggern, Neubau Kindergarten / Verpflichtungskredit von Fr. 2'314'000.00 zuhanden

Volksabstimmung“: Die EVP-Fraktion unterstützt den Neubau eines Doppelkindergartens in Einigen. Zwei bis drei Punkte bereiteten ebenfalls etwas Mühe. Es besteht jedoch die Gefahr, dass man bezüglich des umbauten Raumes Äpfel mit Birnen verwechselt. Er hat versucht, die m³ nach alter Norm zu berechnen. Er hat dabei keine allzu grosse Differenz zum vorliegenden Projekt erhalten. Er ist aber kein Spezialist auf diesem Gebiet. Er ist der Ansicht, dass dieses Projekt den Anforderungen entspricht, obschon viel Geld ausgegeben wird. Wir wissen nicht, ob wir etwas sparen, wenn das Projekt nochmals aufgerollt wird. Man sollte dieses nun wie geplant realisieren und die missliche Lage mit dem alten Schulhaus verändern.

-Anna Fink (EVP), Traktandum „Schulanlage Roggern, Neubau Kindergarten / Verpflichtungs-kredit von Fr. 2'314'000.00 zuhanden Volksabstimmung“: Sie bedauert, dass bereits so früh ein Antrag gestellt wurde. Die FDP stellt nun neue Zahlen vor, wir können nicht beurteilen, ob bei diesen Zahlen Gleiches mit Gleichem verglichen wurde. Wir haben vorhin gehört, wie komplex das Ganze ist. Wir haben ein Projekt vorliegen, das wir studieren konnten, erarbeitet von einer breit zusammengesetzten Projektgruppe. Das Projekt hat viele Stärken und sie erinnert daran, dass Einigen einen neuen Kindergarten für die Zukunft braucht. Einen Kindergarten an dem man noch in 20 Jahre Freude hat. Schulbauten müssen qualitativ hochwertig sein, dies hat sich bewährt und gelohnt. Es ist selbstverständlich, dass das einheimische Gewerbe berücksichtigt werden soll. Es müssen aber auch die neuesten Erkenntnisse und Bedürfnisse aus ökologischer und nachhaltiger Sicht berücksichtigt werden. Es ist sinnvoll, nebst der Tagesschule noch weitere Räume für Aktivitäten zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich nicht um ein Luxusprojekt, sondern um einen soliden, nachhaltigen und bedarfsgerechten Bau. Sie steht klar hinter diesem Projekt für die Zukunft von Einigen und für die Lehrpersonen und sie hofft, noch mehr Stärken zu diesem Projekt zu hören.

GGR 29. Februar 2016

Voten:

Nein zur Abschaffung Mehrweggeschirr

Anna Fink (EVP) zur Motion „Abschaffung Mehrweggeschirr“, BDP: Seit 2013 ist das Mehrweggeschirr im Abfallreglement verankert. Dies als Massnahme um Abfallberge zu verhindern bzw. zu verkleinern. Artikel 4 lässt schon heute Ausnahmen für kleinere Veranstaltungen zu. Die im Jahr 2015 durchgeführte Evaluation der Abteilung Bau hat zu Anpassungen geführt. Grundsätzlich hat sich gezeigt, dass Probleme häufig durch Missverständnisse in Folge ungenügender Kommunikation oder nicht korrekter Instruktion entstanden sind. Es ist richtig, dass Anpassungen vorgenommen werden und allenfalls Änderungen in Art. 4 diskutiert werden. Dies wird dem GGR wieder vorgelegt werden. Diesen Artikel zu streichen wäre aber völlig falsch. Die EVP-Fraktion unterstützt Massnahmen, welche eine nachhaltige Umweltpolitik beinhalten oder einem enkeltauglichen Verhalten dienen. Dies entspricht auch den Zielsetzungen der Energiestadt Spiez. Das Mehrweggeschirr ist ein kleiner aber wichtiger Beitrag zur Schonung unserer natürlichen Ressourcen. Zu diesen müssen wir Sorge tragen. Die EVP-Fraktion lehnt diese Motion ab.

Ja zum Anliegen, Nein zur Dringlichkeit bez. Sicherung von Räumlichkeiten für die öffentliche Nutzung in Einigen

Markus Wenger (EVP) zur Motion „Sicherung von Räumlichkeiten für die öffentliche Nutzung in Einigen“, SP, **die sofortige Behandlung wird verlangt**: Das Anliegen der SP-Fraktion wird als berechtigt betrachtet. Eine gründliche Prüfung was in Einigen in Zukunft betreffend Raumangebot geschehen wird, ist für die EVP-Fraktion wichtig. Aber der EVP-Fraktion ist es wichtig, dass der Qualität das notwendige Gewicht gegeben wird. Deshalb lehnt die EVP-Fraktion die Dringlichkeit ab.

Einfache Anfrage:

Gemeinnützige Arbeit von Asylsuchenden / Einfache Anfrage M. Wenger (EVP)

Markus Wenger: Arbeit ist für Asylsuchende wertvoll und oft für die Gesellschaft eine Hilfe. Ein Arbeitseinsatz, kann den wartenden Menschen eine sinnvolle Beschäftigung ermöglichen und in unserer Gemeinde ein nützlicher Dienst darstellen. Oft scheitern solche Einsätze an der Betreuung der Arbeitswilligen.

-Welche Massnahmen will der Gemeinderat für die Erweiterung des Arbeitsangebotes einleiten? -Kann sich der Gemeinderat freiwillige Mitarbeiter als Einsatzleiter vorstellen? -Welche Hindernisse könnten solche Einsätze erschweren oder verhindern?

Besten Dank für die Beantwortung dieser Fragen und für das Engagement zugunsten einer konstruktiven Asylpolitik.